

Gestiegene berufliche Mobilität geprägt von Frauen und Jüngeren

Erfolgreiche Arbeitssuche durch private Initiative

Elke Holst
eholst@diw.de

Jürgen Schupp
jschupp@diw.de

In Deutschland hat die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt in den vergangenen zehn Jahren deutlich zugenommen. Nach Berechnungen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) stieg von 1992 bis 2002 die Zahl jener, die innerhalb eines Jahres eine Arbeitsstelle neu angetreten haben, um mehr als 30 % auf knapp 6,3 Mill. Personen. Bei einer insgesamt sinkenden Erwerbstätigenzahl geht diese Dynamik vor allem auf Frauen und Jüngere zurück.

Während die Erwerbsorientierung von Frauen stieg, zogen sich Männer vielfach vorzeitig vom Arbeitsmarkt zurück und nahmen dabei arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Anspruch, die zur Reduzierung des Arbeitsangebots dienen. In Ostdeutschland ist die Erwerbsorientierung der Frauen nach wie vor deutlich höher als in Westdeutschland. Zugleich sinkt deren Bedeutung auf dem Arbeitsmarkt vor allem aufgrund der Abwanderung jüngerer Frauen.

Für eine erfolgreiche Stellensuche spielte die Vermittlung über das Arbeitsamt eine vergleichsweise geringe Rolle. Von der Stelle erfahren hatten die Bewerberinnen und Bewerber vor allem von Freunden und Verwandten.

Der vorliegende Beitrag untersucht die Dynamik beruflicher Veränderungen vor dem Hintergrund der Entwicklung am Arbeitsmarkt in den letzten zehn Jahren. Unter beruflichen Veränderungen werden inner- und zwischenbetriebliche Stellenwechsel mit und ohne Unterbrechung sowie die Neuaufnahme einer Erwerbsarbeit verstanden. Im Fokus der Studie stehen Erwerbstätige in West- und Ostdeutschland, die in den zwölf Monaten vor den Befragungszeitpunkten im Frühjahr 1992, 1997 und 2002 eine berufliche Veränderung vollzogen oder eine Stelle neu aufgenommen haben. Dargestellt werden auch die Art der Stellensuche, die Informationsquellen, über die die neue Stelle gefunden wurde, sowie Beurteilungen der neuen Stelle im Vergleich zur alten. Datengrundlage für diese Analysen ist – soweit nicht anders genannt – das vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung erhobene Sozio-oekonomische Panel (SOEP).¹

Sozio-demographische Rahmenbedingungen

Auf dem Arbeitsmarkt traten in den letzten zehn Jahren zwei gravierende sozio-demographische Strukturveränderungen zutage:

¹ Vgl. SOEP Group: The German Socio-Economic Panel (GSOEP) after More than 15 Years – Overview. In: Elke Holst, Dean R. Lillard und Thomas A. DiPrete (Hrsg.): Proceedings of the 2000 Fourth International Conference of German Socio-Economic Panel Study Users (GSOEP2000). Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW Berlin, Jg. 70, Nr. 1, 2001, S. 7–14.

Nr. 21/2004

71. Jahrgang / 20. Mai 2004

Inhalt

Gestiegene berufliche Mobilität
geprägt von Frauen und Jüngeren
Seite **303**

Vertrauen in Deutschland: Großes
Misstrauen gegenüber Institutionen
Seite **311**

Deutsches
Institut f. Wirtschaftsforschung

21. Mai 2004

Zeitschriften

Tabelle 1

Bevölkerung in Deutschland 1992 und 2002¹

In 1 000 Personen

Alter von ... bis unter ... Jahre ²	Westdeutschland			Ostdeutschland			Deutschland		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Im Jahre 1992									
16 bis 35	21 783	10 519	11 265	17 871	8 632	9 240	3 912	1 887	2 025
35 bis 56	23 421	11 470	11 951	18 857	9 212	9 644	4 565	2 258	2 307
56 bis 65	9 517	4 841	4 676	7 605	3 842	3 763	1 912	999	913
16 bis 65	54 721	26 830	27 892	44 332	21 686	22 646	10 389	5 144	5 245
Im Jahre 2002									
16 bis 35	17 005	8 306	8 699	13 914	6 858	7 056	3 092	1 449	1 643
35 bis 56	25 566	12 532	13 034	21 051	10 335	10 716	4 515	2 197	2 319
56 bis 65	9 736	4 908	4 828	7 943	3 989	3 955	1 793	919	874
16 bis 65	52 308	25 747	26 561	42 908	21 182	21 726	9 400	4 565	4 836
Veränderung 2002 gegenüber 1992									
16 bis 35	-4 778	-2 212	-2 566	-3 958	-1 774	-2 184	-820	-439	-382
35 bis 56	2 145	1 062	1 083	2 194	1 123	1 071	-49	-61	11
56 bis 65	219	67	153	339	147	192	-119	-80	-39
16 bis 65	-2 414	-1 083	-1 330	-1 425	-504	-920	-989	-579	-410

¹ Auf Basis der fortgeschriebenen Werte des Jahres 2001.² Stand: jeweils am Jahresende.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 1994 und 2003.

DIW Berlin 2004

- Die Alterung der erwerbsfähigen Bevölkerung schritt deutlich voran. Während zu Beginn der 90er Jahre der Übergang vom (beruflichen) Bildungssystem ins Erwerbsleben noch durch geburtenstärkere Jahrgänge geprägt war, stehen dem Arbeitsmarkt jetzt immer weniger Jüngere zur Verfügung. So nahm in Deutschland die Zahl der 16- bis 34-Jährigen innerhalb von zehn Jahren um annähernd 4,8 Mill. ab (Tabelle 1). Die geburtenstarken Jahrgänge prägen zunehmend die mittlere Altersgruppe der 35- bis 55-Jährigen (Zunahme um knapp 2,2 Mill. Personen). Insgesamt ging die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 1992 bis 2002 um reichlich 2,4 Mill. auf 52,3 Mill. Personen zurück.
- Bei sinkender Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nahm der Anteil der Frauen zu, unter den Jüngeren sogar überdurchschnittlich. Diese Entwicklung ist ausschließlich auf Veränderungen in Westdeutschland zurückzuführen. In Ostdeutschland hingegen sank der Anteil der Frauen. Alarmierend für die langfristige Entwicklung in den betroffenen Regionen ist der starke Wegzug jüngerer Frauen.² Zum Teil sind sie nach Westdeutschland umgezogen, was dort zum vergleichsweise geringen Rückgang des Frauenanteils in dieser Altersgruppe beitrug. Eine wesentliche Ursache für die relativ hohe Mobilität der jüngeren ostdeutschen Frauen liegt in der schwierigen Arbeitsmarktlage. Nach der deutschen Vereinigung waren die Arbeitslosenquoten bei jüngeren Frauen zeitweise doppelt

so hoch wie bei den Männern.³ Erst in den letzten Jahren haben sich diese Raten weitgehend angenähert.

Beschäftigungszuwachs nur bei den Frauen in Westdeutschland

Der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Zeitraum 1992 bis 2002 ging mit einer abnehmenden Zahl Erwerbstätiger einher (Tabelle 2). Eine wichtige Ausnahme von der allgemeinen Entwicklung bildeten dabei die Frauen in Westdeutschland. Sie erzielten in diesem Zeitraum einen Beschäftigungsgewinn von über 1 Million Personen. In Ostdeutschland reduzierte sich die Zahl der Erwerbstätigen bei beiden Geschlechtern, jedoch fiel im Unterschied zur Bevölkerungsentwicklung der Rückgang bei den Männern deutlich stärker aus als bei den Frauen.

Da die beruflichen Veränderungen in einem Zeitraum von zwölf Monaten vor der Befragung näher untersucht werden, ist auch die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahr vor den jeweiligen Befragungszeitpunkten 1992, 1997 und 2002 von Interesse. In Westdeutschland war die Situation 1991/1992, also kurz nach der deutschen Vereinigung, für

² Vgl. Steffen Kröhnert et al.: Deutschland 2020 – Die demografische Zukunft der Nation. Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung. Berlin 2004 (www.berlin-institut.org/index1.html).

³ Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (Hrsg.): Zahlen-Fibel. IAB online: www.iab.de/asp/fibel/default.asp

Tabelle 2

Erwerbstätigkeit in Deutschland 1991 bis 2002
In 1 000 Personen

	Bestand						Veränderung					
	1991	1992	1996	1997	2001	2002	97/92	02/97	02/92	92/91	97/96	02/01
Deutschland	37 445	36 940	35 983	35 805	36 815	36 536	-1 135	731	-404	-505	-178	-279
Frauen	15 570	15 317	15 277	15 256	16 186	16 200	-61	944	883	-253	-21	14
Männer	21 875	21 623	20 706	20 549	20 629	20 336	-1 074	-213	-1 287	-252	-157	-293
Westdeutschland	29 684	30 094	29 277	29 200	30 307	30 123	-894	923	29	410	-77	-184
Frauen	11 965	12 249	12 275	12 299	13 226	13 252	50	953	1 003	284	24	26
Männer	17 719	17 854	17 002	16 901	17 081	16 880	-953	-21	-974	135	-101	-201
Ostdeutschland	7 761	6 846	6 706	6 605	6 508	6 404	-241	-201	-442	-915	-101	-104
Frauen	3 605	3 068	3 002	2 957	2 960	2 948	-111	-9	-120	-537	-45	-12
Männer	4 156	3 778	3 704	3 649	3 548	3 456	-129	-193	-322	-378	-55	-92

Quelle: Statistisches Bundesamt, FS 1, Reihe 4.1.1, verschiedene Jahrgänge. DIW Berlin 2004

beide Geschlechter günstig. Sowohl Männer als auch – in noch stärkerem Maße – Frauen verzeichneten Beschäftigungszuwächse. In Ostdeutschland war die Lage dagegen durch einen massiven Beschäftigungsabbau geprägt, der besonders die Frauen traf. 1996 und 1997 waren die Beschäftigungsverluste in Ostdeutschland deutlich geringer und für beide Geschlechter etwa gleich hoch. In Westdeutschland kam es bei Männern in diesem Zeitraum ebenfalls zu einem Beschäftigungsabbau; ihre Situation verschlechterte sich nochmals in den Jahren 2001 und 2002. Frauen hingegen erzielten hier in jeder der betrachteten Perioden einen Beschäftigungszuwachs, wenn auch in den letzten beiden Zeiträumen nur noch moderat. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland war in allen Jahren wesentlich höher als in Westdeutschland.⁴ Dramatisch ist die Lage der Älteren, die kaum noch eine neue Beschäftigung finden.

Häufigkeit beruflicher Veränderungen
deutlich gestiegen

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ermöglicht tiefer gehende Analysen von beruflichen Veränderungen. Diese sind in Deutschland bei tendenziell sinkender Zahl von Erwerbstätigen in den letzten zehn Jahren viel häufiger geworden. Hochgerechnet gaben im Jahre 2002 rund 6,3 Mill. Erwerbstätige mindestens eine berufliche Veränderung in den vorangegangenen zwölf Monaten an; 1992 waren es erst 4,8 Mill. Personen gewesen (Tabelle 3).

Der Arbeitgeberwechsel stellt die häufigste Form der im SOEP erfragten beruflichen Veränderungen dar. Weiterhin sind Berufseintritte von Bedeutung. Im Jahre 2002 hatten hochgerechnet knapp 4,7 Mill. Personen angegeben, in den letzten zwölf

Tabelle 3

Art der beruflichen Veränderung¹ in Deutschland in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung²
In 1 000 Personen

	1992	1997	2002
Erstmals im Leben Erwerbstätigkeit aufgenommen	560	746	837
Arbeitgeberwechsel insgesamt	3 259	3 912	4 675
Davon:			
Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit nach Unterbrechung	987	1 700	1 809
Stelle bei neuem Arbeitgeber angetreten	2 272	2 212	2 866
Neue Tätigkeit als Selbständiger	90	476	340
Vom Nachfolgebetrieb/neuer Dienststelle übernommen worden ³	291	82	95
Innerhalb des Unternehmens die Stelle gewechselt	614	663	344
Berufliche Veränderungen insgesamt	4 814	5 879	6 291

¹ Stellenwechsel oder Neuaufnahme der Erwerbstätigkeit in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung.
² Frage: „Welche Art von beruflicher Veränderung war das? Falls Sie mehrfach die Stelle gewechselt haben, sagen Sie es bitte für den letzten Wechsel.“
³ Diese Frage wurde 1992 nur den ostdeutschen Befragten gestellt.

Quellen: SOEP 1992, 1997 und 2002, gewichtet; Berechnungen des DIW Berlin. DIW Berlin 2004

Monaten ihren Arbeitgeber gewechselt oder nach einer Unterbrechung wieder eine Erwerbstätigkeit aufgenommen zu haben. Gegenüber 1992 entspricht dies einem Anstieg um mehr als 40 %. Diese Dynamik ist vor allem durch die Frauen in Westdeutschland geprägt. Die Zahl der Stellenwechslerinnen hat sich im Beobachtungszeitraum weit mehr als verdoppelt und ist auf über 2 Mill. gestiegen. Bei den Männern hatten „nur“ reichlich 50 % mehr ihren Arbeitgeber gewechselt; hier gab es bis 2002 einen Anstieg auf insgesamt 1,6 Mill. Personen (Tabelle 4). Überdurchschnittlich häufig kehrten Personen nach einer Unterbrechung wieder auf den Arbeitsmarkt zurück.

⁴ Vgl. IAB, a. a. O.

Tabelle 4

Personen mit mindestens einer beruflichen Veränderung¹ in West- und Ostdeutschland 1992, 1997 und 2002

Alter von ... bis unter ... Jahre	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1992	1997	2002	1992	1997	2002
In 1 000 Personen						
Frauen						
16 bis 35	510	892	1 063	238	182	231
35 bis 56	392	480	912	317	167	192
56 bis 65	/	/	72	/	/	/
16 bis 65	902	1 407	2 047	555	349	439
Männer						
16 bis 35	726	1 061	769	312	225	226
35 bis 56	292	512	791	401	296	291
56 bis 65	42	/	(52)	(29)	(47)	(61)
16 bis 65	1 060	1 577	1 611	742	569	578
Männer und Frauen						
16 bis 35	1 237	1 953	1 831	550	407	457
35 bis 56	683	992	1 703	718	463	483
56 bis 65	42	(39)	123	(29)	(59)	(77)
16 bis 65	1 962	2 984	3 658	1 297	928	1 017
In % der jeweiligen Bevölkerungsgruppe						
Frauen						
16 bis 35	10	17	21	19	15	21
35 bis 56	5	8	10	20	10	9
56 bis 65	/	/	2	/	/	/
16 bis 65	6	10	12	16	10	11
Männer						
16 bis 35	13	21	17	22	20	22
35 bis 56	4	8	10	26	15	14
56 bis 65	(1)	/	(2)	(5)	(6)	(6)
16 bis 65	7	11	11	20	15	15
Männer und Frauen						
16 bis 35	12	19	19	20	18	22
35 bis 56	5	8	10	23	12	12
56 bis 65	(1)	(1)	2	(3)	(3)	(4)
16 bis 65	7	10	11	18	12	13

/ Weniger als zehn Fälle.

() Werte in Klammern: weniger als 30 Fälle.

¹ Jedwede berufliche Veränderung (Wechsel oder Neuaufnahme der Erwerbstätigkeit) in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung.

Quellen: SOEP 1992, 1997 und 2002, gewichtet;
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

In Westdeutschland hatte im Jahre 2002 mehr als jede achte Frau im erwerbsfähigen Alter angegeben, auf irgendeine Weise ihre Stelle in den letzten zwölf Monaten gewechselt oder eine neue Erwerbsarbeit aufgenommen zu haben; zehn Jahre zuvor, während der wesentlich günstigeren Zeit des Vereinigungsbooms, war es erst jede Sechzehnte gewesen. Im Vergleich zu den beiden Vorjahreszeiträumen waren somit im Jahre 2002 unter den Frauen erstmals mehr Personen mit beruflichen Veränderungen zu finden als bei den Männern.

Am höchsten war allerdings die Dynamik bei den Jugendlichen. Auch hier dürfte die schwierige Arbeitsmarktlage eine Rolle gespielt haben. Etwa ein Fünftel von ihnen berichtete im Jahre 2002 über einen Stellenwechsel oder einen Neueinstieg in den vorangegangenen zwölf Monaten. Dabei waren Frauen überdurchschnittlich vertreten; in Westdeutschland bedeutete dies gegenüber 1992 einen Anstieg um 11 Prozentpunkte auf 21 % (jüngere Männer: plus 4 Prozentpunkte auf 17 %). Insgesamt hat es bei den Jüngeren in Westdeutschland im Hinblick auf die beruflichen Veränderungen eine Angleichung an ostdeutsche Verhältnisse gegeben.

In Ostdeutschland waren im Beobachtungszeitraum insgesamt häufiger Personen mit beruflichen Veränderungen anzutreffen als in Westdeutschland. Auch der Beschäftigungsabbau war in allen drei betrachteten Zeiträumen in Relation zur Bevölkerung höher als in Westdeutschland. Im Unterschied zu den alten Bundesländern verzeichneten Männer in Ostdeutschland aber häufiger berufliche Veränderungen als Frauen, was auf ihre besseren Chancen am Arbeitsmarkt hindeutet.

Ältere haben schlechte Chancen – Befristete Beschäftigung bei Jüngeren

Sehr schwierig ist die Situation der Älteren auf dem Arbeitsmarkt. Die Altersgruppe der 56- bis unter 65-Jährigen vollzog am seltensten berufliche Wechsel; sie weist zudem die höchsten Arbeitslosenraten auf.⁵ Vor diesem Hintergrund nahmen viele aus dieser Altersgruppe Maßnahmen in Anspruch, die zu einer Reduzierung des Arbeitsangebots aufgelegt worden waren (z. B. Vorruhestandsregelungen).⁶ Schon aufgrund der höheren Erwerbsbeteiligung waren dies vor allem Männer.⁷

Die im Zuge der Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes entstandenen befristeten Beschäftigungen können den Arbeitsmarkteintritt erleichtern. Wer eine Beschäftigung neu antrat, ging auch tatsächlich besonders häufig ein befristetes Beschäftigungsverhältnis ein (Tabelle 5). Während unter allen Beschäftigten in Deutschland der Anteil befristeter Beschäftigungen im Jahre 2002 bei 13 % lag,⁸ hatten unter den Neuzugängen auf dem Arbeitsmarkt in Westdeutschland mehr als ein Drittel, in Ostdeutschland sogar fast die Hälfte einen

⁵ Vgl. IAB, a. a. O.

⁶ Vgl. Matthias Herfurth et al. (Hrsg.): Arbeiten in einer alternden Gesellschaft. Opladen 2003.

⁷ Vgl. Gerhard Bäcker et al.: Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Wiesbaden 2000, S. 237 ff.

⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 2002. Fachserie 1, Reihe 4.1.1. Wiesbaden 2003, S. 93.

derartigen Arbeitsvertrag. Immer öfter sind jüngere abhängig Beschäftigte befristet beschäftigt.⁹ Diese Entwicklung dürfte nicht ohne Einfluss auf die Strukturen am Arbeitsmarkt und auf den Lebenslauf der Betroffenen bleiben. Wie das Statistische Bundesamt anmerkt, „ist nicht auszuschließen, dass von der Befristung von Arbeitsstellen auch ein eigener Effekt in Richtung unsteter Beschäftigungskarrieren ausgehen kann“.¹⁰

Jüngere und Frauen haben besonders häufig vor Stellenantritt aktiv gesucht

Mehr als die Hälfte derjenigen, die eine neue Stelle gefunden hatten, berichtete im Jahre 2002, zuvor aktiv gesucht zu haben (Tabelle 6). Für die Übrigen hatte sich die neue Stelle „so ergeben“. Wer das erste Mal eine Erwerbstätigkeit aufgenommen hatte, musste vor dem Hintergrund der schwierigen Arbeitsmarktlage wesentlich häufiger aktiv suchen (66%). Im Unterschied dazu scheint die Aufnahme einer Selbständigkeit keine erklärte Strategie zu sein, sondern hat sich meistens „so ergeben“ (72%).

Für die berufliche Veränderung ist die Bedeutung der aktiven Stellensuche für Männer in West-

Tabelle 5

Anteil befristeter Verträge bei Neuzugängen in Beschäftigung¹ im Jahre 2002

In %

Alter von ... bis unter ... Jahre	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
16 bis 35	37	33	42	49	37	62
35 bis 56	31	29	34	45	55	38
56 bis 65	/	/	/	/	/	/
Insgesamt	35	31	38	48	46	50

/ Weniger als zehn Fälle.

¹ Anteil der befristeten Stellen aller zum Befragungszeitpunkt abhängig Erwerbstätigen, die in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung ihre berufliche Stelle gewechselt oder eine Erwerbstätigkeit neu aufgenommen haben.

Quellen: SOEP 2002, gewichtet; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

deutschland im Zeitverlauf zurückgegangen, während sie bei allen anderen Gruppen zunahm. Am häufigsten ging im Jahre 2002 bei den Frauen in Ostdeutschland eine aktive Suche der Einstellung

⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2003. Wiesbaden 2004, S. 42 (www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2004/mikrozensus_2003i.pdf).
¹⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt 2004, a. a. O., S. 43.

Tabelle 6

Stellensuche¹ von Personen mit einer beruflichen Veränderung in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung 1992, 1997 und 2002

In %

	Im Jahre 1992		Im Jahre 1997		Im Jahre 2002	
	Aktiv gesucht	Hat sich so ergeben	Aktiv gesucht	Hat sich so ergeben	Aktiv gesucht	Hat sich so ergeben
Insgesamt	46	54	56	44	53	47
Erstmals erwerbstätig	73	27	63	37	66	34
Erwerbstätigkeit wieder aufgenommen	58	43	66	35	54	47
Neuer Arbeitgeber	56	44	59	41	56	44
Arbeitgeberwechsel ²	56	44	62	38	55	45
Selbständig gemacht	/	(68)	41	59	(28)	72
Übernommen worden	/	92	³		³	
Innerbetrieblich gewechselt	(17)	83	26	74	34	66
Westdeutschland						
Frauen	50	51	59	41	52	48
Männer	57	43	54	46	53	47
Ostdeutschland						
Frauen	43	57	61	39	63	37
Männer	45	55	49	50	52	48

/ Weniger als zehn Fälle.

() Werte in Klammern: weniger als 30 Fälle.

¹ Bei Stellenwechsel oder Neuaufnahme der Erwerbstätigkeit in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung. Frage: „Bevor Sie Ihre jetzige Stelle angetreten haben, haben Sie da aktiv nach einer Stelle gesucht, oder hat sich das so ergeben?“

² Die Kategorie „Arbeitgeberwechsel“ fasst „Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit nach Unterbrechung“ und „Stelle bei neuem Arbeitgeber angetreten“ zusammen.

³ 1997 und 2002 wird die Kategorie „Übernommen worden“ aufgrund zu geringer Fallzahlen in der Stichprobe ausgelassen.

Quellen: SOEP 1992, 1997 und 2002, gewichtet; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Tabelle 7

Quelle der Information über die neue Stelle¹ und vorheriger Erwerbsstatus² im Jahre 2002

In %

Quelle der Information ³	Deutschland gesamt					Westdeutschland					Ostdeutschland				
	Insgesamt	Arbeitslos gemeldet	Erwerbstätige	In Schule/Ausbildung	Sonstige Nichterwerbstätige	Insgesamt	Arbeitslos gemeldet	Erwerbstätige	In Schule/Ausbildung	Sonstige Nichterwerbstätige	Insgesamt	Arbeitslos gemeldet	Erwerbstätige	In Schule/Ausbildung	Sonstige Nichterwerbstätige
Arbeitsamt	11	30	8	(15)	(5)	9	23	7	(13)	(4)	22	39	(12)	/	/
Stellenanzeige in der Zeitung	14	11	16	(15)	(13)	17	17	18	(15)	(14)	6	/	(6)	/	/
Bekannte, Freunde, Angehörige	35	26	40	35	32	37	24	41	35	34	33	30	37	(33)	/
Rückkehr zu früherem Arbeitgeber	8	(6)	8	/	29	8	/	6	/	25	16	(12)	(16)	/	(61)
Private Stellenvermittlung/Agentur	2	/	(2)	/	/	(1)	/	(1)	/	/	/	/	/	/	/
Stellenanzeige im Internet	4	(6)	4	(5)	/	5	/	4	(5)	/	(4)	/	(4)	/	/
Sonstiges/trifft nicht zu	25	19	22	26	16	22	(23)	22	28	18	17	(12)	21	/	/
Hochgerechnet (in 1 000)	4 598	735	2 787	502	574	3 664	434	2 295	415	520	933	301	491	86	55
Fallzahl	1 498	254	862	176	206	1 123	135	674	138	176	375	119	188	38	30

/ Weniger als zehn Fälle.

() Werte in Klammern: weniger als 30 Fälle.

¹ Bei Stellenwechsel bzw. Neuaufnahme einer Erwerbstätigkeit (ohne innerbetrieblichen Wechsel) in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung.

² Erwerbsstatus aus dem Vorjahr.

³ Frage: „Wie haben Sie von dieser Stelle erfahren?“

Quellen: SOEP 2002, gewichtet; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

voraus. Dies zeigt die nach wie vor hohe Bedeutung der Erwerbstätigkeit für Frauen in Ostdeutschland.¹¹

Arbeitsamt spielt relativ geringe Rolle bei der Jobvermittlung – Neue Stelle meist über soziale Kontakte

Eine neue Arbeitsstelle wurde vorwiegend über private Kontakte gefunden. Das Arbeitsamt spielte im Untersuchungszeitraum mit einem Anteil von 11 % nur eine untergeordnete Rolle (Tabelle 7). Die meisten (35 %) berichteten, von ihrer neuen Stelle über Bekannte, Freunde und Angehörige oder auch über eine Stellenanzeige in der Zeitung (14 %) erfahren zu haben. Für zuvor Arbeitslose war das Arbeitsamt immerhin noch zu 30 % direkt an der erfolgreichen Stellensuche beteiligt;¹² gleichwohl hatten Bekannte, Freunde, Angehörige oder die Zeitung auch für Arbeitslose eine höhere Bedeutung (insgesamt 37 %). Wer nach der Schulzeit oder Beendigung einer Ausbildung eine Stelle fand, hatte davon meistens über seine sozialen Kontakte (Bekannten, Freunden oder Angehörigen) erfahren. Die Bedeutung des Internets ist für die erfolgreiche Stellensuche insgesamt noch sehr gering; es wird vor allem von bereits Erwerbstätigen genutzt.

Die Ergebnisse zeigen, dass eine neue Arbeitsstelle in Deutschland gewöhnlich über private Initiativen gefunden wird. Dies ist keine neue Entwicklung, sondern war – wie Ergebnisse des SOEP zeigen – auch schon vor zehn Jahren der Fall.

Stellenwechsel führt häufig zu Verbesserungen – Nachteile werden jedoch auch hingenommen

Nach einem Arbeitsplatzwechsel berichteten die im SOEP Befragten häufig über Verbesserungen gegenüber der alten Stelle (Tabelle 8). Dies betrifft beispielsweise die Art der Tätigkeit (44 %), den Verdienst (43 %), die Aufstiegschancen (41 %) oder die Arbeitszeitregelungen (43 %). Jedoch hat auch ein nicht zu vernachlässigender Teil nach eigenen Angaben eine Verschlechterung im neuen Job hingenommen oder hinnehmen müssen, z. B. beim Verdienst (24 %), der Länge des Arbeitsweges (28 %) oder den Arbeitsbelastungen (20 %). Nicht verwunderlich ist, dass Personen, deren Stellenwechsel eine Erwerbsunterbrechung vorausging, sich weniger häufig besser und öfter schlechter stellten als jene, bei denen sich ohne Erwerbsunterbrechung die neue Beschäftigung anschloss. Besonders groß sind die Unterschiede bei den Zukunftschancen in Form von Aufstiegsmöglichkeiten, beim Verdienst¹³ und bei der Art der Tätigkeit. Die Ansprüche an den neuen Job

¹¹ Vgl. hierzu auch: Erwerbsverhalten von Frauen: Trotz Annäherung immer noch deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 42/2001, S. 648–658.

¹² Vgl. hierzu auch: Arbeitsvermittlung durch das Arbeitsamt: Reform des Berichtssystems dringend erforderlich. Bearb.: Rainer Pischner, Jürgen Schupp und Gert G. Wagner. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 9/2003.

¹³ Vgl. hierzu auch Miriam Beblo und Elke Wolf: Sind es die Erwerbsunterbrechungen? Ein Erklärungsbeitrag zum Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in Deutschland. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 4/2003, S. 560–572.

Tabelle 8

Beurteilung der neuen Stelle im Vergleich zur alten Stelle im Jahre 2002¹
In %

	Insgesamt	Arbeitgeberwechsel			Selbständig gemacht	Innerbetrieblich gewechselt
		Zusammen	Davon: Erwerbstätigkeit nach Unterbrechung wieder aufgenommen	Davon: Neuer Arbeitgeber		
Art der Tätigkeit						
Verbessert	47	44	36	49	58	61
Etwa gleichwertig	44	46	49	44	(24)	37
Verschlechtert	10	10	15	7	(18)	/
Verdienst						
Verbessert	44	43	30	50	52	38
Etwa gleichwertig	34	34	41	30	(23)	49
Verschlechtert	23	24	29	21	(26)	(13)
Aufstiegsmöglichkeiten						
Verbessert	30	41	18	33	41	41
Etwa gleichwertig	54	53	59	55	(27)	53
Verschlechtert	16	6	23	12	(32)	(6)
Arbeitsbelastungen						
Verbessert	30	31	24	35	(27)	22
Etwa gleichwertig	50	50	54	49	49	50
Verschlechtert	20	19	22	17	25	28
Länge des Arbeitsweges						
Verbessert	30	31	29	33	30	(17)
Etwa gleichwertig	42	40	45	38	41	64
Verschlechtert	27	28	26	29	(29)	(19)
Arbeitszeitregelung						
Verbessert	41	43	41	45	42	(19)
Etwa gleichwertig	42	40	44	38	(37)	67
Verschlechtert	17	17	16	17	(21)	/
Betriebliche Sozialleistungen						
Verbessert	25	28	22	31	11	8
Etwa gleichwertig	58	57	63	55	36	85
Verschlechtert	16	15	15	14	53	7
Sicherheit des Arbeitsplatzes						
Verbessert	27	27	20	31	(17)	26
Etwa gleichwertig	60	60	61	60	45	73
Verschlechtert	13	12	19	9	(38)	/

/ Weniger als zehn Fälle.

() Werte in Klammern: weniger als 30 Fälle.

1 Frage: „Wie beurteilen Sie Ihre heutige Stelle im Vergleich zur letzten? In welchen Punkten haben Sie sich verbessert, welche sind etwa gleichwertig, und in welchen haben Sie sich eher verschlechtert? Wie ist dies in Bezug auf ...“

Quellen: SOEP 2002, gewichtet; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

werden von den Wiedereinsteiger/-innen in einer schwierigen Arbeitsmarktlage offenbar deutlich heruntergeschraubt. Interessant ist, dass Selbständige im Vergleich zu den abhängig beschäftigten Stellenwechslern/-innen offenbar wesentlich häufiger mit der Art ihrer neuen Tätigkeit zufrieden waren (58 %) und sich auch häufiger im Verdienst verbessert haben (52 %).

Fazit

Auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland werden die sozio-demographischen Veränderungen immer deutlicher. Dies betrifft sowohl den Rückgang der Zahl der Jüngeren als auch den ständigen Bedeutungsgewinn der „Arbeitsmarktresource Frau“ in Westdeutschland. Frauen wollen oder müssen heute mehr als früher erwerbstätig sein. In Ost-

deutschland ist die Erwerbsorientierung der Frauen nach wie vor sehr hoch; dies zeigt auch die einer beruflichen Veränderung vorangegangene besonders häufige aktive Stellensuche. Offenbar aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktlage wandern vor allem jüngere Frauen aus Ostdeutschland ab. Wird dem nicht durch eine Verbesserung der Berufschancen entgegengewirkt, sind langfristig negative Auswirkungen für betroffene Regionen nicht zu vermeiden.

Von 1992 bis 2002 ist die berufliche Mobilität deutlich gestiegen. Dies kann als Indikator für die Flexibilität des Arbeitsmarktes gedeutet werden. Trotzdem gelang es nur unzureichend, der gestiegenen Arbeitslosigkeit durch die Vermittlung neuer Arbeitsplätze zu begegnen. Der Erfolg der Stellensuche kam eher durch Eigeninitiative als durch die Vermittlung des Arbeitsamtes zustande. Wichtig waren soziale Kontakte, denn über Freunde und Verwandte wurde am häufigsten eine Stelle gefunden. Verloren Ältere ihre Arbeit, war die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt schwer.

Gelingt ein Stellenwechsel direkt im Anschluss an eine Beschäftigung, ist die neue Stelle oft mit Ver-

besserungen verbunden, zum Beispiel beim Verdienst oder bei der Art der Tätigkeit. Gab es jedoch zuvor eine Erwerbsunterbrechung, müssen in der neuen Stelle häufig Einschränkungen hingenommen werden, z. B. bei den Aufstiegsmöglichkeiten, beim Verdienst und der Art der Tätigkeit. Somit haben Stellenwechsel die größten Vorteile für jene, die gar nicht erst erwerbslos geworden sind.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass Personen, die bislang (noch) nicht fest auf dem Arbeitsmarkt verankert sind („Outsider“), von den Flexibilisierungsmaßnahmen in Form befristeter Beschäftigung häufiger betroffen sind als andere. Der Anteil befristet Beschäftigter nimmt in großem Umfang bei den jüngeren Neuzugängen auf dem Arbeitsmarkt zu. Einerseits stellt dies eine Chance zur Verankerung in das Erwerbsleben dar. Andererseits ist aber gerade für diese Generation eine längerfristig „unstete Beschäftigung“ aufgrund der Flexibilisierungsmaßnahmen nicht auszuschließen. Die Selbstständigkeit kann hier möglicherweise in manchen Fällen eine Erwerbsalternative darstellen. Eine solche Entwicklung würde allerdings neue Herausforderungen an die soziale Sicherungssysteme stellen.

Vertrauen in Deutschland: Großes Misstrauen gegenüber Institutionen

Die letzte „Berliner Rede“ in der Amtszeit von Bundespräsident Johannes Rau stand unter dem Motto „Vertrauen in Deutschland – eine Ermutigung“. Darin rief das Staatsoberhaupt alle gesellschaftlichen Schichten auf, mit mehr Zuversicht und Vertrauen in die Zukunft zu blicken.

Jürgen Schupp
jschupp@diw.de

Gert G. Wagner
gwagner@diw.de

Eine Sondererhebung des vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung durchgeführten Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) lässt erkennen, dass es in Deutschland durchaus Anzeichen für eine Vertrauenskrise gibt. So ist das Vertrauen in die Politik (Bundestag) weitgehend verloren gegangen, und auch den großen Wirtschaftsunternehmen und den Gewerkschaften wird nur noch wenig Vertrauen entgegengebracht. Dieses Bild ist umso bedenklicher, als der private Bereich nach wie vor völlig intakt ist: Der Familie sowie Freunden wird zu mehr als 90 % vertraut. Auch zu Nachbarn und Arbeitskollegen haben rund zwei Drittel großes Vertrauen.

Vertrauen ermöglicht es Menschen in einer komplexer werdenden Umwelt, gesellschaftliche und wirtschaftliche Interaktionen mittels vereinfachender Annahmen ohne große Transaktionskosten abzuwickeln. Beispielsweise muss man auf ein funktionierendes Rechtswesen vertrauen, um auf dynamischen Märkten Geschäfte machen zu können. Von Vertrauen – in Abgrenzung zu Zuversicht – spricht man allgemein nur dann, wenn eine mit Risiko behaftete vertrauensvolle Erwartung bei einer Entscheidung den Ausschlag gibt und auf diese Weise aktiv eine Vorleistung erbracht wird.¹

Vertrauen schafft, wie der Bundespräsident ausführte, in der Tat „das Klima für wirtschaftlichen Erfolg, für wissenschaftlichen und sozialen Fortschritt, für technische Innovation“.² Dabei steht der Bundespräsident auf einer soliden wissenschaftlichen Basis. Da aber Vertrauen eine riskante individuelle Vorleistung darstellt, lässt es sich nicht verordnen, sondern muss individuell wachsen. Der Appell des Bundespräsidenten kann deshalb nicht unmittelbar Wirkung zeigen.

demokratischen Gesellschaften den politischen Institutionen Vertrauen entgegenbringen.

Dieser Forschungszweig erlebte insbesondere im Zuge der Demokratisierung postkommunistischer Staaten starken Auftrieb. Hier galt es, die kulturellen Voraussetzungen für demokratische Institutionen zu untersuchen.⁴ Auch im Rahmen der europäischen Integration sowie im Zuge der EU-Osterweiterung liefert ein EU-Eurobarometer als kontinuierliches Monitoring einen umfragegestützten Gradmesser des Vertrauens in Institutionen. Das Barometer lässt auch erkennen, inwieweit sich die Bevölkerung in den neuen Mitgliedstaaten im Vertrauen in die politischen Institutionen den alten Mitgliedstaaten angenähert hat.⁵

Eine Operationalisierung der Messung von Vertrauen erfolgt üblicherweise, indem der Grad an Vertrauen in bestimmte Institutionen anhand von dichotomen oder ordinalen Skalen abgefragt wird. Dabei verlässt man sich meist auf verallgemeinernde und nicht fest umrissene Vorstellungen von

Zur Messung von Vertrauen

In der empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung stand bei der Messung von Vertrauen bislang die Ermittlung des Grades an Vertrauen in Institutionen im Vordergrund. Diese aus der Politikwissenschaft stammende Operationalisierung der empirischen Vertrauensforschung hat eine gewisse Tradition.³ Die entsprechenden Untersuchungen widmeten sich der Frage, wie weit die Bürger in

¹ Vgl. hierzu die bislang umfassendste Analyse zum Vertrauensbegriff in Niklas Luhmann: Vertrauen – Ein Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart 1989.

² Johannes Rau: Vertrauen in Deutschland – eine Ermutigung. Berlin 2004 (www.bundespraesident.de/top/dokumente/Rede/ix_94871.htm).

³ Vgl. Oscar W. Gabriel: Political Efficacy and Trust. In: Jan W. van Deth und Elinor Scarbrough (Hrsg.): The Impact of Values. Oxford 1995, S. 357–389.

⁴ Vgl. Piotr Sztompka: Vertrauen. Die fehlende Ressource in der postkommunistischen Gesellschaft. In: Birgitta Nedelmann (Hrsg.): Politische Institutionen im Wandel. Opladen 1995, S. 254–276.

⁵ Europäische Kommission: Eurobarometer der Kandidatenländer 2001. Brüssel 2002 (www.europa.eu.int/comm/public_opinion/).

Tabelle 1

Vertrauen¹ in Personen und Institutionen in DeutschlandAnteile in %²

Wieviel Vertrauen haben Sie...	Sehr viel Vertrauen	Ziemlich viel Vertrauen	Wenig Vertrauen	Überhaupt kein Vertrauen
... zur eigenen Familie	86	11	2	0
... zu Nachbarn	21	49	26	3
... zu Freunden	46	47	6	1
... zu Arbeitskollegen ³	11	58	29	3
... zu Fremden, denen Sie erstmals begegnen	1	11	61	27
... zu den Kirchen	10	26	38	27
... zu den Schulen und dem Bildungswesen	6	43	42	9
... zum Zeitungswesen	2	25	54	19
... zur Polizei	17	54	22	7
... zum Bundestag	2	18	50	31
... zu den Behörden	3	33	47	17
... zur Europäischen Union	3	22	53	23
... zu den Gerichten	7	41	40	12
... zu den Gewerkschaften	1	19	50	30
... zu großen Wirtschaftsunternehmen	1	17	55	27

¹ Frage: „In der folgenden Frage geht es darum, zu welchen Personen, Gruppen oder Institutionen Sie mehr oder weniger Vertrauen haben.“

² Gewichtete Analysen auf der Basis von 846 Fällen.

³ Nur Erwerbstätige (369 Fälle).

Quellen: SOEP, Pretest 2003; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2004

Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit in einzelne konkrete Institutionen (Behörden, Parlamente etc.).

Gemäß einem stärker sozial-psychologisch ausgerichteten Ansatz erscheint es zweckmäßig, auch das Vertrauen im privaten Bereich zu untersuchen und ein Maß der kooperativen Beziehungen der Bürger untereinander (Sozialkapital) zu ermitteln.⁶

Im Rahmen einer Sondererhebung des vom DIW Berlin seit langem durchgeführten Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wurden im Sommer 2003 etwa 850 Personen im Alter von mindestens 16 Jahren sowohl zu ihrem Vertrauen in Institutionen als auch im privaten Bereich befragt.⁷ Die Frage lautete: „In der folgenden Frage geht es darum, zu welchen Personen, Gruppen oder Institutionen Sie mehr oder weniger Vertrauen haben. Wie viel Vertrauen haben Sie?“ Es folgten fünf einzelne Indikatoren für den privaten Bereich sowie zehn institutionelle Indikatoren. Die Antworten sollten auf einer vierstufigen Skala von „sehr viel“ Vertrauen bis „überhaupt kein“ Vertrauen eingetragen werden.

Uneingeschränktes Vertrauen findet sich allein in der Familie

Nicht überraschend ist, dass 86 % der Deutschen ihrer eigenen Familie „sehr viel“ vertrauen, während Freunden lediglich in knapp 50 % in gleichem Maße vertraut wird. Immerhin wird zusammengekommen zu 93 % Freunden „ziemlich viel“ und „sehr viel“ Vertrauen geschenkt (Tabelle 1). Nahezu drei Viertel aller Deutschen vertrauen auch ihren

Nachbarn entsprechend. Dabei ist das Vertrauen zu Nachbarn in Westdeutschland mit 72 % häufiger vorhanden als in Ostdeutschland (61 %).

Fremden, denen das erste Mal begegnet wird, bringen die Bürger in Deutschland erwartungsgemäß nur in geringem Maß Vertrauen entgegen. Lediglich jeder achte Erwachsene hat hier Vertrauen; ein Viertel hat dagegen geäußert, überhaupt kein Vertrauen aufzubringen.

Nicht alle Institutionen sind in einer Vertrauenskrise

Erschreckend ist das äußerst geringe Vertrauen gleichermaßen in Gewerkschaften und Unternehmen. Nur etwa ein Fünftel schenkt diesen beiden Säulen der (Arbeits-)Gesellschaft hohes Vertrauen, wobei in Ostdeutschland die Unternehmen noch schlechter wegkommen als in Westdeutschland, während die Gewerkschaften in Westdeutschland ein größeres Vertrauensproblem haben als in Ostdeutschland.

⁶ Seit Mitte der 70er Jahre werden in den USA im General Social Survey (GSS) Fragen zu privatem Vertrauen erhoben. Zu Ergebnissen vgl. Robert D. Putnam: Bowling Alone. New York 2000, S. 134 ff.

⁷ Der Vergleich mit einem Pre-Test im Jahre 2002 zeigt eine erstaunlich hohe zeitliche Stabilität der Angaben, die offenbar von Tagesereignissen nur wenig beeinflusst werden. Neben solchen direkten Fragen zu Vertrauen gibt es in der empirischen Wirtschaftsforschung auch einen experimentellen Ansatz, den Grad von Vertrauen zu messen. Im SOEP wird es künftig die Möglichkeit geben, beide Ansätze miteinander zu verbinden. Vgl. Ernst Fehr, Urs Fischbacher, Bernhard v. Rosenblatt, Jürgen Schupp und Gert G. Wagner: A Nation-Wide Laboratory – Examining Trust and Trustworthiness by Integrating Behavioral Experiments into Representative Surveys. In: Schmollers Jahrbuch, 122/2002, Nr. 4, S. 519–542.

Tabelle 2

Vertrauende¹ nach sozio-demographischen Merkmalen

Anteile in %

Wieviel Vertrauen haben Sie ...	Insgesamt	Männer	Frauen	West-deutsch-land	Ost-deutsch-land	Nicht-erwerbs-tätig	Abhängig-erwerbs-tätig	Selb-ständig	16 bis 35 Jahre	35 bis 65 Jahre	65 Jahre und älter
... zur eigenen Familie	97	98	97	98	96	97	99	93	96	97	98
... zu Nachbarn	70	72	69	72	61	71	68	74	57	75	77
... zu Freunden	93	92	94	93	95	94	93	94	92	94	94
... zu Arbeitskollegen	69	68	70	71	56	–	70	66	65	70	–
... zu Fremden, denen Sie erstmals begegnen	12	10	14	12	13	11	11	17	13	10	13
... zu den Kirchen	35	29	42	38	24	41	30	23	31	31	53
... zu den Schulen und dem Bildungswesen	49	48	50	53	30	52	49	33	47	49	51
... zum Zeitungswesen	27	26	29	30	18	29	26	21	33	24	29
... zur Polizei	71	68	74	76	51	73	72	60	66	70	82
... zum Bundestag	20	20	20	21	13	21	19	10	19	16	29
... zu den Behörden	36	36	37	40	19	38	35	32	33	33	50
... zur Europäischen Union	25	26	23	25	22	27	23	19	32	19	28
... zu den Gerichten	48	50	46	50	38	48	51	34	56	43	50
... zu den Gewerkschaften	20	21	19	19	27	21	21	12	24	17	22
... zu großen Wirtschaftsunternehmen	17	17	18	18	15	20	13	19	19	15	22
Insgesamt (Fallzahl)	846	368	478	668	178	477	303	66	208	426	212

1 Auf die Frage: „In der folgenden Frage geht es darum, zu welchen Personen, Gruppen oder Institutionen Sie mehr oder weniger Vertrauen haben“, haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen.

Quellen: SOEP, Pretest 2003; Berechnungen des DIW Berlin.

Gering ist das Vertrauen mit etwa 20 % auch in den Bundestag, wobei in Ostdeutschland das Vertrauen in diese demokratische Institution stärker erschüttert ist als in Westdeutschland. Selbst das häufig – gerade von Politikern – öffentlich kritisierte „Zeitungswesen“ schneidet mit 27 % in ganz Deutschland noch besser ab als die Politik. Den Kirchen wird mit über 35 % allerdings noch deutlich mehr Vertrauen geschenkt (in Westdeutschland 38 %).

Einigen im Alltag wichtigen öffentlichen Bereichen wird dagegen vergleichsweise viel Vertrauen entgegengebracht. Etwa die Hälfte der Befragten schenkt Schulen und dem Bildungswesen sowie den Gerichten viel Vertrauen, wobei freilich in Ostdeutschland das Vertrauen in Gerichte um mehr als 10 Prozentpunkte niedriger liegt.

Der Polizei vertrauen sogar etwas über 70 %. In diesem Bereich sind auch die Anteile derer, die überhaupt kein Vertrauen aufbringen, gering: Nur jeder Zwanzigste vertraut der Polizei ganz und gar nicht; jedoch ist bei Jüngeren das Vertrauen in die Polizei geringer als bei Älteren.

Wer ist besonders misstrauisch?

Während das Vertrauen in die eigene Familie und zu Freunden erwartungsgemäß in den verschiedenen Teilgruppen der Gesellschaft in Deutschland

nahezu gleich hoch ist, kann man bezüglich des Vertrauens in Institutionen teilweise große Unterschiede feststellen (Tabelle 2).

Besonders misstrauisch gegenüber Institutionen sind Selbständige: Ihr Vertrauen in die Polizei sowie in Schulen und das Bildungswesen ist unterdurchschnittlich, und nur etwa jeder Zehnte vertraut dem Bundestag und – allerdings wenig überraschend – den Gewerkschaften. Überdurchschnittlich ist hingegen das Vertrauen der Selbständigen in Fremde, denen sie erstmals begegnen. Solches Vertrauen ist für viele Geschäfte auf Märkten mit neuen Kunden notwendig.

Die mittleren Jahrgänge (35- bis 65-Jährige) – also die Erwerbsbevölkerung – liegen im privaten Bereich im Durchschnitt der Bevölkerung, aber ihr Vertrauen in Institutionen ist durchweg unterdurchschnittlich ausgeprägt. Allerdings ist die Vertrauenslücke im Vergleich zu den jüngeren und älteren Befragten auch nicht sehr groß. Bei allen ist das Vertrauensniveau niedrig. Am meisten Vertrauen in die Institutionen haben ältere Leute.

Jüngere schenken zwar Nachbarn merklich unterdurchschnittlich Vertrauen, ihr Vertrauen in die Institutionen weicht aber nicht weit vom Durchschnitt der Bevölkerung nach unten ab. Der Europäischen Union vertrauen mit fast einem Drittel der jungen Menschen sogar mehr als der Durchschnitt (25 %).

Hinweis auf eine Veranstaltung

berlin lunchtime meetings

Lunchtime Meeting DIW Berlin, CEPR London und IZA Bonn

Die Modernisierung von Staat und Unternehmenskultur im Steuerrecht

Prof. Dr. Paul Kirchhof
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Moderation: Prof. Dr. Georg Meran, DIW Berlin

Professor Kirchhof schlägt eine grundlegende Erneuerung des Steuerrechts vor. Als einschneidendste Maßnahme fordert er die Abschaffung aller steuerlichen Subventionstatbestände, was über ein erhöhtes Steueraufkommen zu einer Absenkung des Steuersatzes für die Allgemeinheit führen werde. Allein demographisch wichtige Aspekte wie Zukunftssicherung und Familiengründung sollen systemgerecht belastet werden. Unternehmerische Tätigkeit soll einheitlich und abschließend über die Rechtsfigur der „steuerjuristischen Person“ besteuert werden, die die bei Gewinnausschüttung bei manchen Rechtsformen bis dato einsetzende – die selbständige wirtschaftliche Betätigung pönalisierende – erneute Besteuerung entfallen lässt.

25. Mai 2004, 12.00 – 14.00 Uhr

Max-Liebermann-Haus
Pariser Platz 7
10117 Berlin

Die Teilnahme ist nur mit persönlicher Einladung möglich. Interessenten wenden sich bitte an Heike König (hkoenig@diw.de).

Weitere Informationen finden sich unter: www.diw.de/lunchtime



The Berlin Lunchtime Meetings
are supported by the Anglo German
Foundation



Media partner of the Berlin Lunchtime Meetings for Germany

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

Jahrgang Euro 120,-
Einzelheft Euro 11,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Abteilung
Information und Organisation zulässig.